



Niedersächsisches
Justizministerium

ANTRAG AUF GEWÄHRUNG EINER ZUWENDUNG

Für weitere Maßnahmen des niedersächsischen Landes-Demokratiezentrum
– **Präventionsmaßnahme im Bereich „Antisemitismus als Herausforderung für muslimische Communities“**- im Bundesprogramm **Demokratie leben!** auf Grundlage der Bestimmungen des Bundesprogramms und der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P)

Antrag zum Projekt (Titel des Projekts):

Laufzeit des beantragten Projekts (Beginn-Ende):

Aktenzeichen (wird vom Zuwendungsgeber ausgefüllt):

1. Antragstellende Organisation

Anträge können nur von juristischen Person des privaten oder öffentlichen Rechts gestellt werden.

1.1 Informationen zur antragstellenden Organisation/Institution

Name

Straße / Hausnummer (Postfach)

PLZ

Ort

Website

1.2 Vertretungsberechtigte Person

Vorname

Name

Funktion

Telefon

E-Mail

1.3 Projektverantwortliche Person

Vorname

Name

Funktion

Telefon

E-Mail

1.4 Für die Projektverwaltung verantwortliche Person (falls abweichend)

Vorname

Name

Funktion

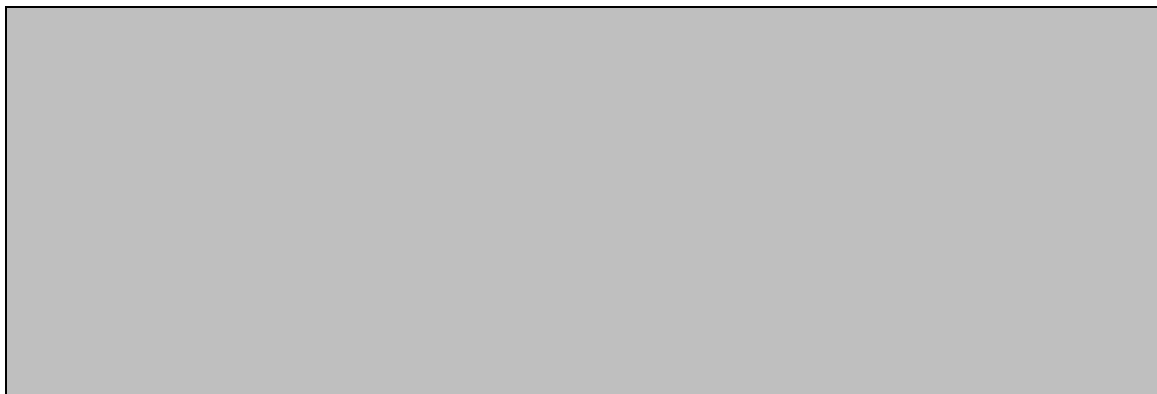
Telefon

E-Mail

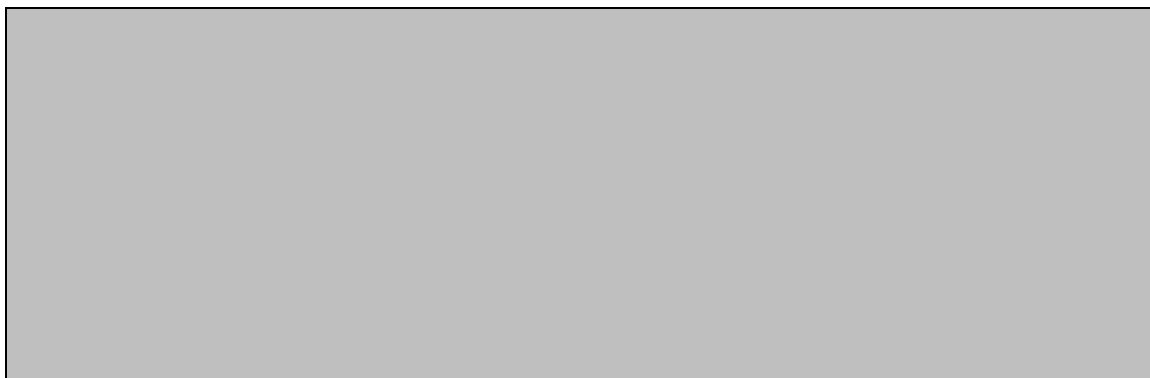
2 Angaben zum Projekt, für das die Zuwendung beantragt wird

2.1 Problembeschreibung und Handlungsbedarf

Bitte beschreiben Sie hier den spezifischen Handlungsbedarf für Ihr Projekt. [...] Welche inhaltlichen Schwerpunkte sind aus welchen Gründen handlungsleitend? Gehen Sie hier bitte sowohl auf die Multikausalität und Multikomplexität des Antisemitismus ein und berücksichtigen Sie dabei auch und besonders Spezifika des sogenannten islamischen Antisemitismus, die Rolle von Antisemitismus innerhalb islamistischer Ideologien und Bezugspunkte zu anti-israelischen Antisemitismus. Beachten Sie auch landesweite und ggf. bundesweite und darüberhinausgehende Problemlagen.

**2.2 (Haupt-)Ort(e) der Projektdurchführung (sofern vorgesehen regionaler Fokus und Möglichkeiten der landesweiten Umsetzung)**

3



2.3 Umsetzung der Angebote (physisch/digital)

Bitte benennen Sie hier a. welche Maßnahmen Sie physisch umsetzen werden (und sofern absehbar an welchen Orten) und b. Im welchen Umfang Sie beabsichtigen digitale Angebote umsetzen werden um ein überregionales Angebot zu schaffen.

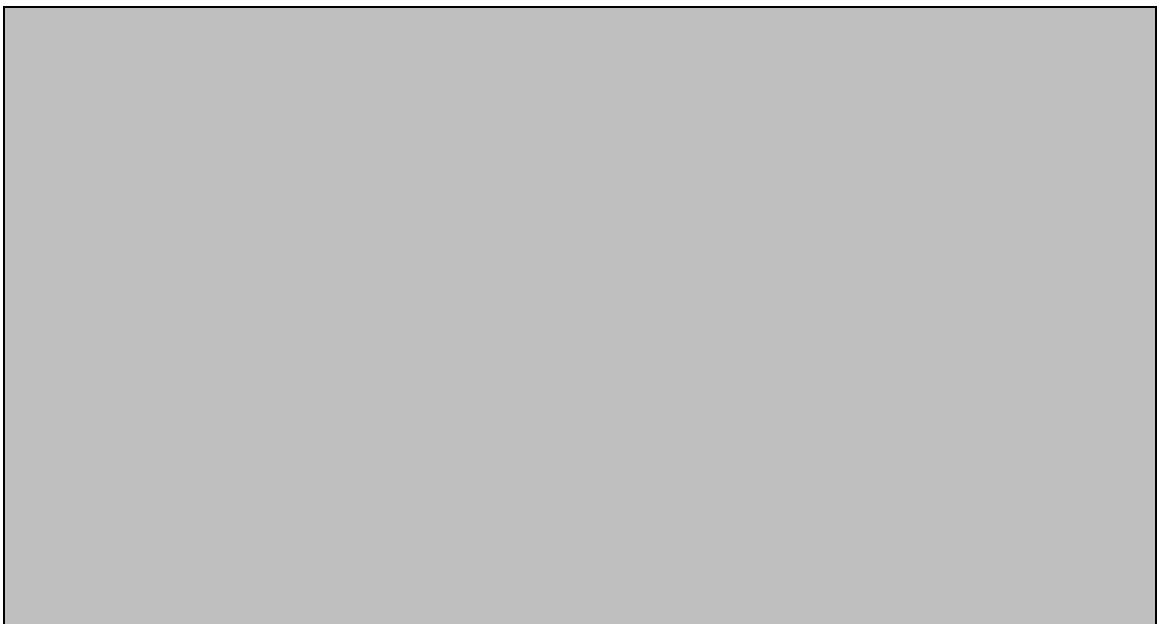


2.4 Zielsetzung zum Handlungsbedarf

Beschreiben Sie hier die Ziele, die Sie sich in Bezug auf die genannte Problembeschreibung setzen. Welche Wirkung wollen Sie erzielen? Wie möchten Sie ihr Angebot etablieren? Welche vorhandenen Strukturen werden Sie nutzen können? Benennen Sie dabei auch, durch welche Maßnahmen und Aktivitäten Sie diese jeweils zu erreichen planen.

**2.5 weitere Ziele**

Bitte beschreiben Sie hier, welche Ziele Sie in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Netzwerkarbeit, Beratungsarbeit und Zugängen zu Zielgruppen erreichen wollen. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie? Welche Ziele wollen Sie in Kooperation mit weiteren landesweit oder regional agierenden Akteur*innen (Referent*innen, Fachträger u. ä.) verfolgen?



2.6 Netzwerkaufbau

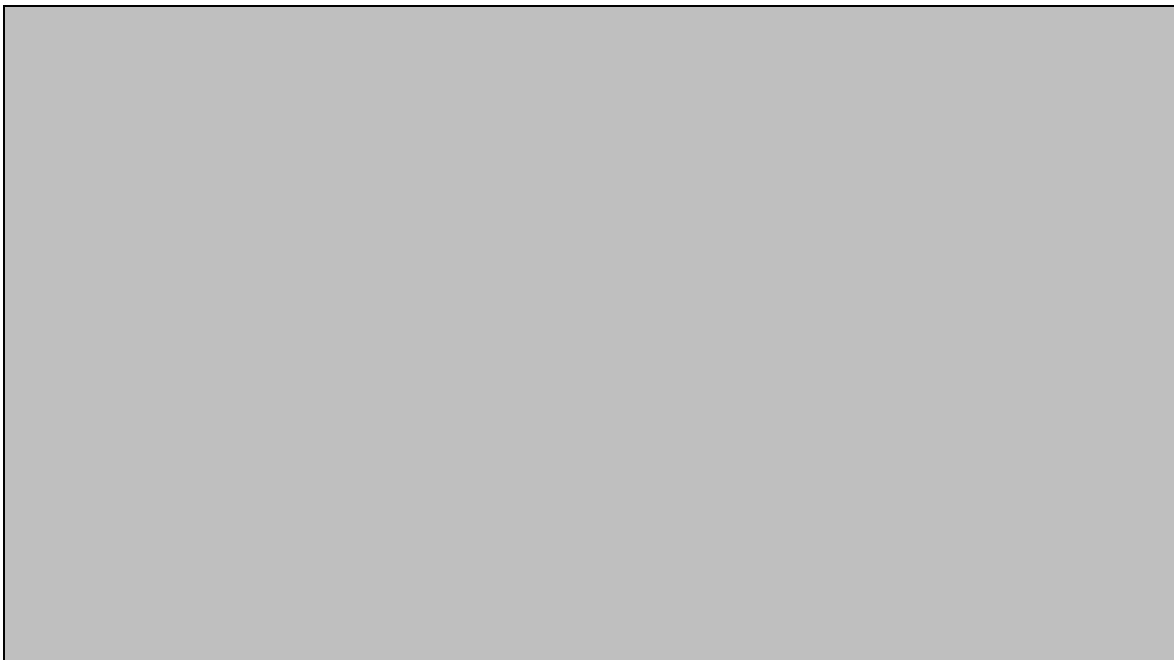
Bitte beschreiben Sie welche Netzwerkstrukturen im Themenfeld über den Träger schon vorhanden sind. Welche Netzwerkpartner planen Sie zusätzlich miteinzubeziehen? Falls keine Netzwerkstrukturen vorhanden sind: Welche Partner*innen (regional/überregional/landesweit/bundesweit; kommunal/zivilgesellschaftlich; usw.) sehen Sie als unabdingbar?

2.7 Fachliche Expertise

Welche inhaltliche Expertise können Sie als Träger im Themenfeld Antisemitismusprävention vorweisen? Welches Fachwissen sollten geeignete Mitarbeiter*innen mitbringen? Wie planen Sie ggf. fehlende inhaltliche Expertise bei Projektmitarbeitenden zu beseitigen? Wie werden die Projektmitarbeitenden vom Träger hierbei unterstützt? Bitte so konkret wie möglich beschreiben.

**2.8 Ressourcenplanung zur Projektdurchführung**

Welche zeitlichen, finanziellen, personellen, fachlichen, sächlichen Ressourcen werden benötigt, um die Maßnahmen umzusetzen und wie werden diese bereitgestellt? Wie sichern Sie ein den Projektzielen zuträgliches Arbeitsumfeld? Ggf. Darstellung von Kooperationen, Zeitplänen, notwendige (Zusatz-)Qualifikationen der Mitarbeiter*innen etc.



2.9 Gender-, Diversity und Inklusion

Bitte beschreiben Sie hier, inwieweit Gender-, Diversity- und Inklusionsaspekte in Ihrem Projekt Berücksichtigung finden (z.B. Konzeption, Personal, Maßnahmen etc.). Welche Maßnahmen verpflichten Sie sich im kommenden Bewilligungszeitraum umzusetzen? In welcher Form berücksichtigen Sie einen sensiblen Umgang mit den im Themenfeld angelegten Stigmatisierungs- bzw. Zuschreibungsproblematiken und Wechselwirkungen zu anderen menschenfeindlichen Phänomenen (Anti-muslimischer Rassismus)?

2.9 Evaluation und Qualitätsmanagement

Welche Maßnahmen planen Sie zur Qualitätssicherung und (Selbst-)Evaluation?

3. Übersicht zur Finanzierung

Gesamtkosten:

Ggf. Eigenmittel:

Ggf. Drittmittel:

Beantragter Betrag:

4. Vorzeitiger Maßnahmebeginn

- Der/die Antragsteller*in beantragt keinen vorzeitigen Maßnahmebeginn.
- Der/die Antragsteller*in beantragt, einen vorzeitigen Maßnahmebeginn nach Ziffer 1.3 der VV zu § 44 LHO zuzulassen und ist sich über das damit verbundene Finanzierungsrisiko bewusst. Die Zuwendung kann ggf. trotz der Zulassung des vorzeitigen Maßnahmebeginns versagt werden.

Datum des beabsichtigten vorzeitigen Maßnahmebeginns:

5. Erklärungen

Der/die Antragsteller*in erklärt, dass

- a) mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde und auch vor Erhalt des Zuwendungsbescheides bzw. der Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn nicht begonnen wird. Ist mit dem Vorhaben ohne Erteilung eines vorzeitigen Maßnahmebeginns bereits begonnen worden, ist eine Förderung nicht möglich.
- b) er*sie zum Vorsteuerabzug
 nicht berechtigt ist.
 berechtigt ist und dies bei den Ausgaben berücksichtigt hat (Preise ohne MwSt).
- c) er*sie in seiner*ihrer Eigenschaft als
rechtsfähig ist (einzutragen ist die Organisationsform des Antragstellers aus der sich die Rechtsfähigkeit ergibt, z.B. Verein, Kommune usw).
- d) die benannten Personen zur Projektdurchführung bzw. verwaltungsmäßigen Bearbeitung und zu damit verbundenen verbindlichen Absprachen berechtigt sind.
- e) Die Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung (ANBest-P) sowie die Möglichkeit einer Prüfung durch den Landesrechnungshof bekannt sind.
- f) Die Gesamtfinanzierung (bei Anteilsfinanzierung) sichergestellt ist.

- g) die Zusammenarbeit mit der für die Evaluation beauftragten Einrichtung und die Teilnahme an Vernetzungstreffen seitens des L-DZs gewährleistet wird.
- h) der Speicherung der personenbezogenen Daten zum Zwecke der Kommunikation und Dokumentation zugestimmt wird.
- i) er*sie mit im Falle der Förderung mit der Veröffentlichung der Angaben zum Projekt und zum Projektträger zum Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit einverstanden ist.
- j) die in diesem Antrag (einschließlich Anlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind.

Ort / Datum

Unterschrift (vertretungsberechtigte Person)

6. Anlagen

- Unterschriebener und datierter Finanzierungsplan (Vordruck)
- Satzung (bei Vereinen)
- Aktueller Auszug aus dem Vereinsregister (bei Vereinen)
- Ggf. Nachweis über Drittmittel
- Nachweis Gemeinnützigkeit

Weitere Anlagen bitte ggf. eintragen: